

Protokoll des Plenums vom 23.09.2013

Teilnehmer: siehe beigefügte Anwesenheitsliste

Beginn 18:00 Uhr
Ende 20:10

TOP 1. Begrüßung

Der Vorsitzende Günter Frank begrüßt den Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, der zu dieser Sitzung des Behindertenrates als Gast eingeladen wurde, die übrigen Gäste, alle Ratsmitglieder und eröffnet die Sitzung um 18:03 Uhr.

Herr Frank begrüßt auch Herrn Manfred Schuster als neues Ratsmitglied. Herr Schuster stellt sich im Anschluss kurz selbst vor.

Um keine Zeit für die Gespräche mit dem Oberbürgermeister zu verlieren, werden die Formalien nach dem Besuch von Herrn Dr. Ulrich Maly besprochen.

TOP 2. Besuch Oberbürgermeister Maly

Herr Maly eröffnet seinen Redebeitrag mit einer kurzen Rückschau über die Geschichte der Zusammenarbeit mit dem Behindertenrat. Exemplarisch werden hier die Errichtung einer Geschäftsstelle und die diversen Haushaltsanträge der letzten Jahre besprochen.

Die Wahrnehmung des BRN in der Stadt wird stetig besser, gerne besteht aber auch die Möglichkeit Verbesserungsmöglichkeiten an den OB heranzutragen.

Im Hinblick auf die Zukunft der Eingliederungshilfe, die eine zentrale Thematik im Bereich des Behindertenrates darstellt, gibt Herr Maly einen kurzen Einblick in die Strukturen und berichtet über den aktuellen Sachstand.

Aktuell sind die Länder für die Eingliederungshilfeleistungen zuständig. Dies hat zur Folge, dass es 16 verschiedene Strukturen der Eingliederungshilfe gibt und sich daher immer wieder die Frage der richtigen Standards stellt.

Das Thema „Bundesleistungsgesetz“ soll in der nächsten Legislatur angegangen und ein Gesetzentwurf dazu erlassen werden. Sollte dabei die Finanzierung mit mehr als 50 % beim Bund liegen, wird die Eingliederungshilfe keine kommunale Angelegenheit mehr sein, was dazu führt, dass der direkte Kontakt zwischen Leistungsempfänger und Leistungserbringer wegfällt. Eine kommunale Zuständigkeit ist aus Sicht des OB jedoch sinnvoll.

Die Alternative zum Bundesleistungsgesetz wäre eine Umverteilung der Mehrwertsteuereinnahmen des Bundes. Hierbei würden die Kommunen als „Bittsteller“ fungieren und die festgelegten Etats der Eingliederungshilfen wären nicht flexibel anpassbar. Dies wäre aus Sicht des OB keine gute Lösung für die Betroffenen.

Eine weitere Alternative wäre ein Bundesteilhabegeld, welches als fester Betrag an die Betroffenen ausgezahlt werden würde. Der darüber hinaus bestehende Mehrbedarf des einzelnen Menschen mit Behinderung wäre dann eine kommunale Angelegenheit.

Der Fokus in der Diskussion liegt jedoch bei allen Varianten auf der finanziellen Entlastung der Kommune, weniger auf dem Nutzen für den betroffenen Menschen.

Zweites Thema von Herrn Dr. Maly ist die Inklusion in Schulen und Tagesstätten in Nürnberg. Hier wird auf ein „Open-Book-Verfahren“ gedrängt, das beinhaltet, dass alle Kosten der Beteiligten (Kommune-Land-Bund-Schule) offen gelegt werden und ein Kompromiss hinsichtlich der Kostenverteilung gefunden wird.

Der Freistaat Bayern blockt in dieser Angelegenheit jedoch stark, da hier die Auffassung besteht, dass die Kosten einer inklusiven Beschulung nicht vom Land, sondern von den Kommunen zu zahlen ist. In ähnlicher Angelegenheit wird aktuell in NRW gestritten. Sollten in dem Prozess in NRW die Kommunen Recht behalten, wäre eine bindende Rechtslage entstanden, die auch auf bayrische Sachverhalte angewandt werden könnte.

In Nürnberg gibt es zwischenzeitlich einige Inklusionsschulen, die sich für Kinder mit Einschränkungen geöffnet haben. Ebenfalls gibt es einen Modellversuch, dass sich eine Förderschule für Regelschüler öffnet.

Letzter Punkt des Vortrags von Herrn Dr. Maly betrifft die Zuordnung der Stellen, die Angelegenheiten im Sinne des Gleichstellungsgesetzes bearbeiten (Frauenbeauftragte, Behindertenbeauftragter usw.). Soll eine Gleichstellungsstelle geschaffen werden, unter die alle Bereiche, also auch die Stelle des Behindertenbeauftragten fallen? Eine weitere Frage ist die Zuordnung des Behindertenbeauftragten: Soll er weiter zum Sozialamt gehören oder dem Bürgermeisteramt zugeordnet werden.

Die Gefahr besteht, dass bei der Neueinrichtung einer Gleichstellungsstelle die Spezialisierung auf die verschiedenen Bereiche auf der Strecke bleibt.

Herr Frank bedankt sich für die zahlreichen interessanten Informationen und bittet nun die Ausschussvorsitzenden bzw. deren Vertreter die Arbeit im letzten Jahr vorzustellen.

Arbeit und Soziales (Frau Barschtipan)

- Die Zukunft des Behindertenbeauftragten ist auch ein wichtiges Thema im Ausschuss, ein entsprechender Antrag auf Beteiligung an den Diskussionen ist bereits vom Behindertenrat an den Oberbürgermeister gegangen.
- Der Antrag an den Oberbürgermeister bzgl. Anrechnung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld der Werkstattmitarbeiter bezieht sich u.a. auf den

Spielraum der Kommune in der Höhe der Anrechnung. In vielen Fällen ist der Bezirk zuständig: Die Stadt wird in dem Antrag aufgefordert, auf die Beschäftigten im Sinne der Beschäftigten einzuwirken.

- *Hr. Dr. Maly: Herr Dr. Maly fragt bei Dieter Maly nach. Dieter Maly und Herr Roth ist der Antrag nicht bekannt.*

Anfrage an Herrn Dr. Maly, ob die Tochtergesellschaften die Quoten hinsichtlich der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung einhalten.

Hr. Dr. Maly: Die Stadt erfüllt Ihre Quoten selbstverständlich. In einigen Tochtergesellschaften sind die Quoten sogar übererfüllt.

- Weiteres Thema des Ausschusses: Die Wiederbesetzung der Stelle von Frau Neumann.

Herr Frank fügt an, dass die Bearbeitungszeit beim Antrag bzgl. der städtischen Tochtergesellschaften sehr lange gedauert hat und es auch keine Rückmeldung über Eingang / Verfahren bei gestellten Anträgen gibt. Laut Herrn Dr. Maly hing dies bei genanntem Antrag mit der Menge der zu verarbeitenden Daten zusammen. Generell ist das Antragswesen der Stadtverwaltung verbesserungsfähig, sieht aber aktuell für keinen Antrag (egal woher, außer für die Stadtratsfraktionen) eine Eingangsbestätigung vor.

Barrierefreiheit (Herr Vogt)

Herr Vogt gibt einen Überblick über die Projekte des Ausschusses sowohl aus der jüngeren Vergangenheit als auch aktuell:

- Tiergartenprojekt. Hier ist es Ziel, die barrierefreie Gestaltung des Tiergartens voranzutreiben. Es sind zahlreiche Sitzungen abgehalten worden, in denen klar wurde, dass auf Grund der vielen individuellen Bedürfnisse ein „Gesamtkonzept“ schwierig zu erstellen ist
- Das Architekturbüro wurde beim Umbau des Kulturladens Röthenbach beratend unterstützt
- Zahlreiche Gespräche bei den mittlerweile drei „inkluisiven“ Schulen. Teilweise erfolgt die Einbindung des Ausschusses viel zu spät, daher sind Änderungen nur noch bedingt möglich. Hierzu soll es in Zukunft ein Handbuch geben, welches einen „Leitfaden“ bilden soll
- Einbindung ins Nordklinikum ist im Frühjahr beendet worden. Einiges wurde nicht berücksichtigt, wie z. B. Leitlinien oder Hinweisschilder.
- Projekt Wasserwelten, Besuch des Opernhauses, Einbindung beim Bau von Ampelanlagen, Umgestaltung des alten AEG Gebäudes, Experten beim bda zum Thema „Barrieren vermeiden“ sind weitere Beispiele der Arbeit des Ausschusses.

- Zahlreiche Termine bei der VAG. Aktuell gibt es mit dem beabsichtigten Wechsel des Farbkonzeptes für den Innenraum der Fahrzeuge Probleme. Die Behindertenverbände lehnen das neue Farbkonzept ab, da es eine Verschlechterung für sehbehinderte Menschen bedeutet. Die VAG hält aber bisher an ihrem Farbkonzept fest

Bildung und Kultur (Frau Brenner)

Frau Brenner stellt den Ausschuss kurz vor und erwähnt noch einmal gemeinsame Projekte mit dem Ausschuss Barrierefreiheit, der eng mit dem Ausschuss Bildung und Kultur kooperiert (Opernhaus, Tiergarten, Schulen).

Das Buchprojekt von Frau Abend, Mitglied des Ausschusses Bildung und Kultur, wird vorgestellt.

Frau Brenner weist auf die Veranstaltung Kunst und Design Inklusiv am 01.10.13 hin.

Finanzen (Herr Döbrich)

Der Ausschuss wird sich auch zukünftig mit Themen des Bezirks Mittelfranken, wie z.B. dem Bench-Marking im Bereich von Eingliederungshilfeleistungen, beschäftigen. Ebenfalls wird das Bundesleistungs- bzw. Bundesteilhabegesetz ein großer Bestandteil der Arbeit sein. Hier gilt es insbesondere darauf zu achten, dass keine Leistungskürzungen vorgesehen sind.

Im Wesentlichen hat der Ausschuss eine Beobachterrolle, der bei Notwendigkeit schnell agiert, da es immer Ziel sein muss, den Menschen in den Vordergrund zu stellen und nicht die finanzielle Lage des Kostenträgers oberste Handlungsmaxime darstellen soll.

Am 09.07.2013 organisierte der Ausschuss die Veranstaltung „All inklusiv“, in der die Zukunft der Eingliederungshilfe näher beleuchtet wurde. Diese Veranstaltung ist sehr gelungen gewesen mit circa hundert Besuchern.

Anmerkungen Hr. Dr. Maly: Das Bundesteilhabegesetz darf gerne kommen, es ist aber die Aufgabe der Kommunen, darauf zu achten, dass diese dadurch nicht zu stark belastet werden.

Aus der Sicht des Oberbürgermeisters ist das Bench-Marking korrekt und gerechtfertigt, da ein Vergleich der Bezirke und deren Leistungen sinnvoll ist. Dafür muss jedoch eine Transparenz innerhalb der Bezirke gestaltet werden, die z. B. über eine Berichtspflicht gewährleistet werden kann.

Herr Frank fügt hinzu, dass Ergebnisse des Bench-Marking auch als Begründung dienen können, Kürzungen zu fordern
Dies wird sowohl der BRN als auch die Bezirksarbeitsgemeinschaft der Behin-

ertenvertretungen in Mittelfranken (BAB Mfr.) immer im Fokus behalten.

Wohnen (Herr Hildebrand)

Herr Hildebrandt bedankt sich bei Herrn Dr. Maly für die Antwort auf die Anfrage hinsichtlich des Wohnungsbestandes barrierefreiem Wohnraum in Nürnberg. Dies bietet eine gute Arbeitsgrundlage.

Ein Treffen der WBG am 07.05.13, initiiert von Herrn Dr. Ulrich Maly, hat dem Ausschuss die Möglichkeit gebracht, sich verschiedenen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften vorzustellen und die Thematik zu erläutern. Im Nachgang hierzu wurde ein Brief an alle Teilnehmer des Treffens versandt. Es geht darin um die frühzeitige Einbindung in diverse Wohnbauprojekte.

Regelmäßige Teilnahmen am Stadtplanungsausschuss ermöglichten auch interessante Kontakte für den Ausschuss.

Bei Neubauten kann die Problematik deutlich verringert werden, schwierig gestaltet sich die Situation bei Altbeständen, da hier die Gegebenheiten nur mit sehr viel Aufwand barrierefrei geändert werden können.

Die bayerische Bauordnung sollte in einigen Begrifflichkeit geändert werden, gerade im Hinblick auf die derzeitige Trennung von „barrierefrei“ und „rollstuhlgerecht“. Fraglich ist auch die Vorgabe, dass eine rollstuhlgerecht umgebaute Wohnung nach Auszug des Mieters wieder in den Ursprungszustand zurück versetzt werden muss. Dies ist in hohem Maß kontraproduktiv, da vorhandener Wohnraum wieder entfernt wird.

Vorstand (Herr Frank)

In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit fasst Herr Frank die Anliegen des Vorstandes auf drei große Bereiche zusammen

- Haushaltsantrag des BRN für das Jahr 2014 wird mit € 5.000,- mehr angesetzt, da auf Grund von Assistenzleistungen deutlich mehr Kosten anfallen
- Immer wieder das Argument in der täglichen Arbeit, dass Inklusion schwer finanzierbar ist. Es ist aber klar, dass die Verwirklichung von Inklusion auf eine vernünftige finanzielle Grundlage zu stellen ist.
- Stelle des Behindertenbeauftragten muss beibehalten werden, da sonst ein Fokusverlust droht.

TOP 1 Begrüßung

Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig genehmigt.

Änderung der Tagesordnung:

Dauerbesetzung beim Fahrgastbeirat der VAG, Farbgebung VAG-Fahrzeuge und Sachstand der BAB Mittelfranken.

TOP 3 Jahresbericht 2012

Jahresbericht wird einstimmig genehmigt. Es sollen Exemplare in der Geschäftsstelle ausliegen.

TOP 4 Geschäftsstelle / Vorstellung Frau Schroll

Frau Schroll wird dem Plenum als neue Mitarbeiterin der Geschäftsstelle vorgestellt. Sie ist 60 Jahre alt und hat bereits durch Ihre Tätigkeit im Betriebsrat und als Schwerbehindertenvertretung in ihrer letzten Arbeitsstelle zahlreiche Erfahrungen mit dem Thema Schwerbehinderung gesammelt.

Durch die Tätigkeit als Chefsekretärin ist sie auch eine Fachfrau im Bereich der Verwaltungstätigkeiten.

Die Situation des Zugangs zur Geschäftsstelle muss noch detailliert mit der hausverwaltenden Dienststelle, dem Jugendamt, besprochen werden. Hier wurde dem BRN eine Rückmeldung bis zum 11.10.2013 hinsichtlich der noch offenen Punkte, wie Anzahl der Tiefgaragenkarten und Leitlinien etc. zugesagt. Der BRN dankt Herrn Maly und Herrn Roth für die dauerhafte Unterstützung.

In der anschließenden Diskussion wird über die Einrichtung eines Arbeitsplatzes für Menschen mit Sehbehinderung und Blindheit im Büro des BRN diskutiert.

TOP 5 Tag der offenen Tür 2013

Herr Mertel berichtet kurz über den aktuellen Sachstand hinsichtlich des Tages der offenen Tür am 13.10.13. Der Behindertenrat hat seinen Stand im Gebäude Hauptmarkt 18. Der Zugang sowie die Toiletten sind barrierefrei und somit von Ratsmitgliedern und Besuchern uneingeschränkt nutzbar.

TOP 6 Handbuch - Leitfaden

Das geplante Handbuch soll Handlungswegweiser werden, welcher sowohl DIN aber auch DIN fremde Inhalte enthält. Hierzu wird es in der Geschäftsstelle die Möglichkeit geben, Anregungen zu hinterlassen, die im Handbuch aufgenommen werden sollen.

Eine weitere Sammlung von Inhalten soll über die Ausschüsse erfolgen. Daher bittet Herr Frank die Anwesenden in den nächsten Ausschusssitzungen das Thema Handbuch aufzugreifen und Inhalte zu sammeln. Die Sichtung erfolgt durch den Vorstand und Interessierte aus den Ausschüssen.

TOP 7 Dauervertretung VAG / Farbgebung Fahrzeuge VAG

- Durch die Dauerbesetzung im Fahrgastbeirat der VAG könnten Vorteile für den BRN entstehen. So gibt es die Möglichkeit einen direkteren Draht zum Vorstand aufzubauen, der sinnvoll und auch notwendig ist. Die Vertretungsdauer sollte für die Mitglieder des BRN verlängert werden, 1,5 Jahre werden von den Anwesenden als zu gering eingestuft. Der BRN wird dazu einen Antrag stellen. Einstimmig ohne Gegenstimme angenommen
Informationen aus dem Bereich des Nahverkehrs sind enorm wichtig. Beste Bezugsquelle stellt aktuell der Frankenticker dar.
- Das neue Farbkonzept der VAG für den Innenraum stößt auf Ablehnung des zuständigen Ausschusses. Der BRN wird einen entsprechenden Antrag stellen und weiteren Verhandlungsbedarf mit der VAG anmelden. Einstimmig ohne Gegenstimme angenommen..
In diesem Zuge ist auch eine Kooperation mit dem Stadtseniorenrat möglich.

TOP 8 BAB Mittelfranken

Der Sitz des Sachverständigen der Behindertenvertretungen ist vom BRN (Frau Susanne Dittrich-Leonhard) besetzt. Stellvertreter ist Herr Einsiedel vom Behindertenrat Fürth. Sprecher des Gremiums sind Herr Frank, Frau Feisthammel (Behindertenbeauftragte Nürnberger Land) und Herr Hoffmann (Behindertenbeauftragter Weißenburg / Gunzenhausen).

Frau Dittrich-Leonhard berichtet von der letzten Sozialausschusssitzung, die im Wesentlichen sehr harmonisch abgelaufen ist. Die Entwicklung der BAB wird herausgestellt und ein positives Fazit gezogen, da bereits nach kurzer Zeit ein hoher Bekanntheitsgrad entstanden ist.

Am 10.10.2013 findet die konstituierende Sitzung des Bezirkstages statt. Interessierte können gerne daran teilnehmen, da diese Sitzung öffentlich ist.

Protokoll
Michael Mertel